

# Herbe Kritik an Inklusionsplan – erste Schulen steigen aus

Wuppertaler Gesamtschule hat zu wenig Personal für Förderschüler.

Von Juliane Kinast

Düsseldorf. Im Halbminutentakt klingelt im Plenum des Landtags die Glocke, die laut schimpfende Politiker zur Raison rufen soll. Eine mehr als leidenschaftliche Debatte löst die Aktuelle Stunde zum Inklusionsplan von Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) aus. Der soll die Wahlfreiheit von Eltern behinderter Kinder zwischen Förder- und Regelschule sicherstellen. Laut Opposition hingegen zementiert er die Ausgrenzung und schafft das gemeinsame Lernen in weiten Teilen ab. Tatsächlich wollen wegen Personalmangels bereits Schulen – etwa in Wuppertal – aus der Inklusion aussteigen.

Als einen „Umschwung in der Inklusion“ rühmt Kirstin Korte (CDU) Gebauers Maßnahmenpaket. 6000 neue Lehrerstellen sollen für das Gelingen der Inklusion in den kommenden Jahren entstehen, allein zum Wintersemester 250 zusätzliche Studienplätze im Bereich Sonderpädagogik, damit die Inklusion gelingt. Ohnehin solle sie auf die Schulen beschränkt sein, die auch Qualitätsstandards einhalten, das Personal und die baulichen Voraussetzungen haben. Gebauer sagt aber auch: „Nicht für jedes Kind ist die Regelschule der bestmögliche Förderort.“ Inklusion sei „eine



Sollen behinderte Schüler generell mit nicht behinderten lernen - oder wahlweise auch an Förderschulen? Das ist die Streitfrage. Foto: dpa

hervorragende Idee“, bekräftigt Franziska Müller-Rech von der FDP. Sie sei aber von Rot-Grün „schlampig und ideologisch umgesetzt“ worden.

## Ringens um das Personal: Grüne befürchten „Inklusions-Streik“

Die Opposition auf der anderen Seite bezweifelt, dass es angesichts des jetzt schon akuten Lehrermangels genug Personal für starke Förderschulen und ein Vorantreiben der Inklusion gibt. „Stellen sind nicht Menschen“, warnt Regina Kopp-Herr (SPD). Sigrid Beer von den Grünen wird noch deutlicher: Die Landesregierung treibe die Regelschulen in den „Inklusions-Streik“. Schon jetzt werde sonderpädagogisches Personal umgeschichtet, um die Förder-

schulen am Leben zu halten. Sie kenne mindestens 20 Schulkonferenzen, die sich mit dem Ausstieg aus der Inklusion beschäftigen.

Im Plenarsaal überreicht sie Ministerin Gebauer einen Brief der Gesamtschule Wuppertal-Langerfeld, der für das kommende Schuljahr nur ein gutes Drittel der erforderlichen Wochenstunden von Förderlehrern zur Verfügung stehen soll. Damit könne die Schulgemeinde keinen adäquaten Unterricht anbieten und habe entschieden, „die eigentlich aufbauende Inklusion für das Schuljahr 2018/2019 zu unterbrechen“. Gebauer sagte zu: „Ich werde all diesen Brandbriefen nachgehen.“

RG-A 13.07.18